



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 6./7./14. September 2022

Zuerst Corona, dann die Ukraine und nun ist es die Energiediskussion, die neu dazu führt, dass weiterhin fleissig sogenannte dringliche Vorstösse eingereicht werden. Dringlich heisst, dass sie noch in der gleichen Session (bei Interpellationen) bzw. gleich in der nächsten Session (bei Aufträgen) behandelt werden müssen. Dieses Mal wurden zwei dringliche Interpellationen und ein dringlicher Auftrag eingereicht. In der Folge wurde die Traktandenliste einmal mehr durcheinander gebracht. Hinzu kam, dass das Parlament zu Beginn der Session ganze drei Geschäfte verschieben wollte.

Als es dann «normal» lief, hat der Kantonsrat entschieden, in Bern eine Standesinitiative zur [Cannabis-Legalisierung](#) einzureichen. Neben der Diskussion, ob die Cannabis-Legalisierung sinnvoll sei, ging es dabei vor allem um das Instrument der Standesinitiative. Der Nutzen davon ist nämlich jedes Mal umstritten – insbesondere in diesem Fall, da das Thema längst auch schon in Bern behandelt wird. Mit 59:27 (und somit gegen die Mehrheit unserer Fraktion) wurde das Geschäft schliesslich trotzdem nach Bern abgeschickt. Es sind jene Momente, die zeigen, dass es den Parteien oft wichtiger ist, medienwirksame Partei- statt Sachpolitik zu machen.

Im Zuge der ganzen Corona-Situation haben Online-Sitzungen grossen Auftrieb erhalten. Ein Vorstoss wollte, dass dies zukünftig auf Gemeindeebene allgemein möglich wird – und nicht nur in Krisenzeiten. Die [Online-Sitzungen](#) haben ihre Vorteile. So schätze ich es selber auch sehr, wenn ich mich je nachdem von zu Hause aus kurz und ohne Fahrtweg in die Sitzung einloggen kann. Es ist aber auch unbestritten, dass die Sitzungsqualität dabei leidet, was für mich ein klares Argument – speziell in der Politik – gegen Online-Sitzungen ist. Der Auftrag wurde mit 55:35 abgelehnt, die Sitzungen sollen also auch zukünftig physisch stattfinden.

Besprochen wurde meine Interpellation zu den [Alkohol-Testkäufen](#). Diese wurde von den einzelnen Fraktionssprechern sehr positiv aufgenommen. Alkohol-Verkäufe an Minderjährige haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Das sollte zu denken geben und es ist wichtig und nötig, dass wir die Prävention zu weniger Alkoholkonsum bei Jugendlichen verstärken. Die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden von zu hohem Alkoholkonsum sind enorm und es sollte daher im Interesse aller sein, dass diese gesenkt werden können.

Linke sowie wirtschaftliche Kreise möchten die Themen [Tagesstrukturen und Tagesschulen](#) vorantreiben. Sie reichten dazu daher einen Prüfauftrag ein. Prüfaufträge haben den grossen Vorteil, dass man ihnen an sich gut zustimmen kann – es geht ja nur um eine Prüfung und (noch) nicht um eine Umsetzung. Das Ziel dahinter dürfte aber klar sein. Die Mehrheit (65:28), ohne meine Stimme, stellte sich schliesslich hinter den Auftrag.

In Kürze

Wie jedes Jahr im September wurden die [Steuerungsgrössen für den Finanzausgleich](#) unter den Gemeinden festgelegt. Da diese im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert werden sollen, war die Diskussion für einmal sehr kurz. Abgelehnt wurde ein Auftrag, welcher verlangte, dass die [Gemeinden aktiver informieren](#) sollen – primär mit dem Hinweis auf die Gemeindeautonomie.

Die nächste Session findet am 8./9./16. November 2022 statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Beim Geschäft **«Gemeindefusionen»** war ich Kommissionssprecher. Aufgrund von einem Wirrwarr im Vorfeld stand der Antrag im Raum, das Geschäft auf die nächste Session zu verschieben. Aus Sicht der FIKO war dies zwar überflüssig, schliesslich wurde aber dann doch auf die November-Session verschoben.

Fraktionssprecher war ich bei der Interpellation zum Thema **«weitere Steuerentlastungsschritte»**. Unsere Fraktion setzt sich für weitere Steuerensenkungen ein – allerdings ist für uns klar, dass dabei die Stabilität des Finanzhaushalts von Kanton sowie von den Gemeinden gewährleistet sein muss.

Neu eingereicht habe ich einen Auftrag, welcher die sogenannte **Ertragswertberechnung** bei der Vermögenssteuer aufheben soll. Dies ist einerseits eine Vereinfachung für Steuerpflichtige und Steueramt und andererseits mehr Fairness in der Besteuerung.

Zu den **«Tagesschulen»** hielt ich ein Votum als Einzelsprecher. Zum Wohl von Familie und Kind überzeugen mich Tagesstrukturen und Tagesschulen nicht und sollen daher nicht Standard werden.